

Der Fraktionsbrief

18.02.2026 | Informationen der CDU-Fraktion im Kreistag
Marburg-Biedenkopf | Ausgabe 01-2026

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzte Kreistagssitzung in dieser Wahlperiode am 6. Februar 2026 liegt nun hinter uns.



Zum 01.11.2023 habe ich die Funktion des Fraktionsvorsitzenden von meinem Vorgänger Werner Waßmuth übernommen, der dieses Amt 30 Jahre lang ausgeübt hat.

Es ist mir persönlich eine besondere Ehre und Freude, zusammen mit den sehr engagierten Mitgliedern unserer Fraktion und unserem Ersten Kreisbeigeordneten Peter Neidel die Werte und Ziele unserer CDU in der Arbeit der Koalition in den Fokus zu rücken, die verschiedensten Interessen zusammenzuführen und dabei zu versuchen, auch immer die Menschen in unserem Landkreis bei der Umsetzung von Projekten mitzunehmen.

Wir als CDU-Kreistagsfraktion haben zusammen in den letzten fünf Jahren viel erreicht:

- Übernahme des insolventen DRK-Krankenhauses durch den Landkreis
- 100 Mio. Euro Investitionsprogramm für Schulen
- 14,5 Mio. Euro für den Erhalt der Kreisstraßen
- Geordnete Finanzpolitik in herausfordernden Zeiten
- Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden
- WLAN in allen Klassenräumen
- Gutes ÖPNV-Angebot, Ausbau der Schnellbuslinien, wobei für uns der

Auto- und Individualverkehr auch weiterhin eine Zukunft haben

– Vorbereitungen für die Ganztagsbetreuung

– Verlässlicher Partner der Landwirtschaft

Wir möchten in der nächsten Wahlperiode daran anknüpfen und freuen uns sehr auf die weitere gemeinsame Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Marburg-Biedenkopf!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Peter Hartmann
Fraktionsvorsitzender

News aus der Kreistagssitzung am 6. Februar 2026

Dominic Diessner: „Bildung ist unser einziger Hebel für die Wirtschaftspolitik in unserem Landkreis“

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion, Dominic-Klaus Diessner, ging in seinem Redebeitrag auf

den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Azubi-Wohnangeboten für den Industriestandort Marburg-Biedenkopf ein. Bei diesem Hebel gebe es viele Zugkräfte, „einer davon ist sicherlich auch der Bereich Azubi-Wohnen“. Dies stehe nicht nur im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2021, sondern auch in einem Beschluss des Kreistages aus dem Jahr 2022 auf Antrag der Koalition zur Förderung der dualen Ausbildung im Landkreis.



„Seitdem ist einiges passiert“, sagte Dominic Diessner. „Die Wirtschaftsförderung hat sich ihrer Aufgabe angenommen.“

An mehreren Beispielen – auch auf Nachfrage der Grünen in der jüngsten Kreistagssitzung – zeigte er auf, welche Initiativen bereits erfolgt sind.

„Die Wirtschaftsförderung des Landkreises und auch wir als CDU-Fraktion befinden uns im dauerhaften Austausch mit den Unternehmen, um den Bedarf zu ermitteln.“

Und weiter: „Der Auftrag aus dem damaligen Antrag ist erledigt, wir brauchen dazu keinen weiteren Beschluss.“ Dieser Einschätzung folgte die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten.

CDU-Zustimmung für den Prüfungsantrag für einheitliche Schülerausweise im Landkreis

Dr. Horst Falk, schulpolitischer Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion betonte, „welch hohe Relevanz dieses Thema für die jungen Menschen unserer Region hat“ und ging weiter darauf ein, wie wichtig die Arbeit des Kreis-Jugendparlamentes sei, welches den Antrag initiiert hatte.

Weiter sagte er: „Mit diesem Antrag legen unsere Jugendlichen etwas vor, das inhaltlich klar, praktisch relevant und sozial gerecht ist.“



Ein einheitlicher Schülerausweis im gesamten Landkreis schaffe nicht nur Transparenz und Sicherheit für Kultur- und Freizeitveranstalter, sondern sei auch ein Ausdruck von Chancengleichheit und Teilhabe.

„Ein gemeinsamer Schülerausweis als offizielles Dokument zu etablieren, ist nicht nur ein administratives Ziel, sondern ein politisches Zeichen dafür, dass wir junge Menschen ernst nehmen. Das Kreis-Jugendparlament zeigt, wie gelebte Demokratie funktioniert.“

Dem Antrag stimmte die CDU zusammen mit der Mehrheit im Kreistag „als Ausdruck

unserer Wertschätzung für die Jugend, für gleichberechtigte Teilhabe und für eine moderne, zukunftsorientierte Politik im Landkreis Marburg-Biedenkopf“ zu.

Beteiligung der Schulleitungen und Schulgemeinden an der Schulbauplanung – Zukunft der Landkreisschulen

Auch zu diesem Antrag sprach Dr. Horst Falk. „Die Beteiligung von Schulleitungen, Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern an Schulbauprozessen ist ein Thema von großer Bedeutung“, sagte er. Weiter stellte er klar: „Die von den Grünen geforderte Phase 0, die genau diese Beteiligung vorsieht, ist im Landkreis längst gelebte und erfolgreiche Praxis.“

Gerade im interdisziplinären Austausch sei deutlich geworden, wie ernst der Landkreis als Schulträger dieses Thema schon heute nimmt, sagte Dr. Falk weiter.

Schuldezernent Peter Neidel fügte zur Diskussion im Kreistag zum Antrag der Grünen bei, dass diese Debatte am Problem vorbei gehe: „Wir haben kein



Erkenntnisproblem, sondern ein Um-

setzungsproblem.“

Und weiter: „Alle Baumaßnahmen an Schulen in den letzten Jahren sind unter Beteiligung der Nutzer und zu deren großen Zufriedenheit durchgeführt worden.“

Peter Neidel ging auch auf die Situation an der Grundschule Bürgeln ein. Diese sei in einem beklagenswerten Zustand, die Planungsphase 0 mit der Einbindung der Schulgemeinde habe stattgefunden. Um sich einer Lösung mit Blick auf alle Kreisschulen zu nähern, sei die Studie dafür in Auftrag gegeben worden und werde im Zeitplan im Frühjahr 2026 vorliegen. „Wir haben begrenzte Mittel und Möglichkeiten und müssen diese fair einsetzen – mit einer Nivellierung durch Verwaltung und Politik.“

Der Konkurrenzantrag der Koalition wurde angenommen.

Haltung der CDU-Kreistagsfraktion zur Salzbödebahn und Ohmtalbahn



„Die reinen Baukosten für die Reaktivierung sollen rund 43,5 Millionen Euro betragen. Dieser Kalkulation liegen allerdings Preise von 2016 zugrunde. Hinzu kommen Ausgaben für die Bahnfahrzeuge und den Betrieb der Strecke. Zu deren Höhe machten die Planer keine Angaben.“

Experten gehen realistisch von einer Investitionssumme in Höhe von 100 Millionen Euro aus“, sagte der Fraktionsvorsitzende Peter Hartmann während der Kreistagsdebatte.

Hartmann führte weiter aus, dass der von den Planern ermittelte Nutzen-Kosten-Faktor mit 1,09 nur sehr knapp über dem Mindestförderanspruch liege. Aus Straßenbauprojekten sei bekannt, dass z.B. Greenpeace regelmäßig den niedrigen Schwellenwert von 1 kritisiert, da Bauprojekte dann als wirtschaftlich dargestellt werden, obwohl der errechnete Nutzen nur minimal über den Kosten liegt.

„Eine Studie zu Nutzen-Kosten-Faktoren sagt aus, dass bei einem Faktor von 5,2 eine Maßnahme als sehr wirtschaftlich gilt. Hiervon sind wir bei der aktuellen Studie weit entfernt“, machte Peter Hartmann deutlich.

Das Land Hessen und der Rhein-Main-Verkehrsverbund seien zudem zurückhaltend und würden für das Projekt keine hohen Prioritäten sehen.

Darüber hinaus sind Teile der ehemaligen Bahntrasse in Lohra bereits überbaut, ein asphaltierter Rad-Wirtschaftsweg müsste verlegt werden. Die Parkplätze der Feuerwache sowie private bzw. gewerbliche Flächen wären ebenfalls betroffen.

Auch sieht die CDU-Fraktion durch die erfolgten städtebaulichen Entwicklungen entlang des ehemaligen Trassenverlaufs in den vergangenen Jahrzehnten eine nicht zu unterschätzende Belastung durch Lärmemissionen im Falle einer Bahnreaktivierung.

Der zuständige Dezernent Peter Neidel unterstrich diese Haltung und fügte hinzu: „Die Kosten für weitere Planungsschritte wären zur Zeit alleine vom Landkreis zu tragen. Einen solchen Alleingang halte ich nicht für sinnvoll. Wer das dennoch möchte, mag bei der nächsten Haushaltsaufstellung Mittel für die Planung der Salzbödebahn beantragen. Ich halte es für sinnvoller, das Geld in unsere Schulstandorte zu investieren.“

Zur Ohmtalbahn wurde klar, dass die Ergebnisse aus der Machbarkeitsstudie Mitte/Ende dieses Jahres erwartet werden. Diese gelte es abzuwarten, bevor über die weitere Vorgehensweise entschieden werden kann.

Die Hinterland-Klinik ist ein wichtiger Baustein für die Gesundheitsregion Marburg-Biedenkopf



Der Antrag der Fraktion DIE LINKE im Kreistag zur Gesundheitsplanung des Landkreises sorgte allgemein für Irritation im Kreistag. Marie-Sophie Künkel MdL äußerte sich dazu für die CDU-Fraktion. „Wir wissen, dass der Landkreis die stationäre Versorgung sichern muss. Dieser Verantwortung sind wir als Kreispolitiker mit der

Übernahme des Krankenhauses in Biedenkopf nachgekommen.“

Zu der von den LINKEN angesprochenen Bürgerbeteiligung zur Gesundheitsversorgung führt Marie-Sophie Künkel aus, dass es klare rechtliche Vorgaben im Rahmen der Krankenhausreform gebe. „Wir sind dabei, die gesetzliche Vorgaben zu erfüllen. Insbesondere die Anerkennung des Belegarztmodells war uns als CDU ein besonderes Anliegen.“ Dem Antrag der LINKEN wurde nicht zugestimmt.

Dr. Mirko Schulte zum Antrag der Fraktion „DIE LINKE“ auf Beitritt des Kreises zu „Mayors for Peace“ und eine entsprechende Beflaggung des Kreishauses

„Kalter Krieg, nuklearer Overkill und Friedensbewegung – Sie greifen wieder ins ganz große Karo der Weltpolitik und arbeiten hier in der warmen Stube Ihre Arbeitsnachweise für den Kommunalwahlkampf ab“, begann der Abgeordnete Dr. Schulte seinen Redebeitrag zu dem von der LINKEN geforderten Erklärung der Ächtung nuklearer Waffen.

Der Antrag sei inhaltlich überflüssig und verbraucht, weil der Kreistag bereits in seiner Sitzung vom 01.04.2022 einen Beitritt zu Mayors for peace ausgeschlossen, gleichwohl aber einen eindringlichen Appell für Frieden und die Abschaffung atomarer Waffen beschlossen habe. Gerade nach dem Auslaufen des Newstart-Abkommens am Tag zuvor sei das weiterhin

gültig und nicht erneuerungsbedürftig!
Mehr Bekenntnis gehe nicht.



Insbesondere aber sei die Begründung der LINKEN derart schrecklich neben der Sache, dass es sich zur Verständigung über gültige Koordinaten der Betrachtung anbiete, etwas Schönes an den Anfang zu stellen.

Und zwar ein Zitat von Immanuel Kant:

Der Frieden ist das Meisterstück der Vernunft.

„In Ihrem Antrag stecken weder Frieden noch Vernunft. Denn Kernstück von Vernunft ist, die Realität so zu sehen, wie sie ist und die Wahrheit zu sprechen.

Sie verdrehen die Wahrheit und missbrauchen so den Friedensbegriff“, so Schulte.

Im Antrag stehe wörtlich: Die politischen Führungen Europas denken in den Kategorien von Aufrüstung und Krieg, schweigen zu Völkerrechtsbrüchen und liefern sogar die Waffen dafür; Gaza und Ukraine seien Beispiele dafür. „Schauen Sie mal Nachrichten?“ entgegnete Schulte.

„Konnten Sie die Erklärungen der europäischen Staaten in Davos und Brüssel zu imperialistischen Autokraten wie Putin und Trump irgendwie überhören? Wir sind inzwischen allein in Europa? Die Ukraine ist völlig allein.“

Nach 80 Jahren Frieden im ursprünglichen Europa gebe es eine berechtigte Vermutung dafür, dass auch nukleare Abschreckung – leider immer noch – eine fachlich begründete Notwendigkeit zum Schutz gegen nervöse Großmächte sein könne – nicht trotz NATO-Doppelbeschluss, sondern gerade deswegen.

Wir haben derzeit keinen Michail Gorbatschow. Dass wir nukleare Waffen wegwerfen, bedeute doch nicht, dass die anderen das auch tun. Das sei die bittere Realität, die das Handeln leite.

„Fragen Sie mal die Menschen in Polen oder in diesen eisigen Nächten in Kiew, was die bei Ihren Unterwerfungsideen empfinden“.

Impressum:

CDU-Kreistagsfraktion Marburg-Biedenkopf, Gisselberger Straße 17, 35037 Marburg

Tel. 06421-22053 – E-Mail info@cdu-kreistagsfraktion-marburg-biedenkopf.de